

Peter Ruben

Wirtschaftsentwicklung und Sozialismuskonzept¹

Der Zusammenbruch des rohen Kommunismus in den Ländern Mittel- und Osteuropas hat ohne Zweifel auch die Idee des Sozialismus an sich fragwürdig gemacht und bei sehr großen Teilen der Bevölkerung jedenfalls momentan diskreditiert. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 in der DDR zeigt diese Sachlage mit aller wünschenswerten Deutlichkeit. »Eine Mehrheit der Wähler«, so urteilt H. Schwenke, »zog ein Dasein als freie Lohnarbeiter vor. Manche träumen auch vom freien Unternehmergehen ... Die Menschen wählten mehrheitlich ´nie wieder Sozialismus´. Das ist das Resultat der Herrschaft von Honecker, Mittag und Mielke und derer, die an deren Seite Karriere machten.«² Was die Menschen positiv wählten, hatte eine Dame auf einer Kundgebung in Leipzig angesichts des Bundeskanzlers mit fröhlicher Naivität plakatiert: »Helmut, nimm uns an die Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland.« Da sie sich noch in Leipzig aufhielt, ist anzunehmen – jedenfalls nach dem 9. November 1989 –, daß sie nicht einen Verkehrshinweis zur Fahrt nach München oder Hannover erwartete, sondern eine Orientierung zur Aufhebung der rohkommunistischen Konkursmasse in der DDR, zur Gewinnung desjenigen Lebensstandards, der in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik erreicht worden ist.

Nun hat die klassische politische Arbeiterbewegung mit Sicherheit »die sozialistische Gesellschaft, . . . die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit«, die sie als »die Lösung der sozialen Frage« verstand³, nicht deshalb angestrebt, um eine windige Idee, koste es, was es wolle, zu realisieren, sondern um den Lebensstandard der Arbeiter und aller Werktätigen zu heben. Der Wunsch, den »Weg ins Wirtschaftswunderland« gewiesen zu bekommen, und

¹ Erstveröffentlichung in INITIAL 1(1990)4, S. 374–380. Redaktionsschluß war der 18. April 1990. Druckfehler wurden vom Autor für diese Edition beseitigt; ebenso erfolgte eine Anpassung an die gegenwärtige Orthographie.

² Vgl. H. Schwenke: Nun freie Lohnarbeiter mit Ferien auf den Malediven? In: »Neues Deutschland«, 31. März / 1. April 1990, S. 10.

³ Vgl. »Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands«, in: M. Beyer/G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach – Gotha – Erfurt, Berlin 1975, S. 78.

die Idee, die soziale Frage durch den Übergang zum Sozialismus zu lösen, liegen nicht weit auseinander. Beide implizieren Fragen an die Ökonomie, die Wirtschaftslehre. Denn beide, jener Wunsch und diese Idee, unterstellen wesentlich die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage, in der sie ausgedrückt und formuliert worden sind. Insbesondere ist das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft«, entworfen in Auseinandersetzung mit der »Zentralverwaltungswirtschaft« des nationalsozialistischen Deutschlands und der stalinistisch geführten Sowjetunion durch die von Walter Eucken begründete Freiburger Schule der Nationalökonomie, ebenso eine Antwort auf die soziale Frage wie die in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Frankreich konzipierte Idee des Sozialismus. Beide Vorstellungen basieren auf der Ablehnung des klassischen Manchester-Liberalismus, des asozialen Gebrauchs des Produktivvermögens durch sozial ungebundene Privateigner.

Die soziale Frage überhaupt wird unter Voraussetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch die ungleiche Verteilung des Produktivvermögens ins Leben gerufen, d. h. durch die Existenz »der Vermögenslosen oder Proletairs«⁴, die sich, um materiell leben zu können, den Vermögenden verdingen müssen oder auf Hilfe der Gemeinwesen rechnen falls die Vermögenden keine Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können. Die klassische sozialistische Antwort auf diese Herausforderung lautet »Vergesellschaftung der Produktionsmittel«, was de facto Verstaatlichung bedeutet hat. Sie ist vom rohen Kommunismus exzessiv realisiert worden – mit dem bekannten Resultat, das der Herbst 1989 in Mittel- und Osteuropa offenbart hat.

Unbestreitbar hat die Formel von der »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« den Schein logischer Konsequenz für sich. Denn wenn die soziale Frage gerade dadurch besteht, daß Vermögenslose vorhanden sind, so muß sie selbstverständlich mit dem Verschwinden der Eigentumslosigkeit zu bestehen aufhören. Aber die kritische Frage, die in diesem Zusammenhang zu stellen ist, lautet: Was bedeuten die Wörter »Vergesellschaftung« und »Gesellschaft«? Ist die tatsächliche Verstaatlichung eben das, was die Vergesellschaftung sein soll?

An dieser Stelle tritt m. E. das erste Problem für jede moderne Sozialismuskonzeption auf, die nicht vornehm die Wirtschaftslehre ignorieren will: Vernünftigerweise muß man zugestehen, daß die Gesellschaft (Sozietät) mittels des Austauschs, also des Handels oder des Verkehrs, gebildet wird. Der Austausch aber verknüpft a priori gegeneinander selbständige Eigentümer bzw. Vermögende, die darin ihre besonderen Produkte oder Dienste gerade in dem Sinne vergesellschaften, daß sie für fremde Bedürfnisse eigene Werke liefern, um im Gegenzug eigene Bedürfnisse mittels fremder Werke befriedigen zu können. Ob dabei die Austauschenden Gemeinschaften oder Personen sind, tut nichts zur Sache. Wesentlich ist,

⁴ So die korrekte Benennung Franz Baaders in seiner Darstellung »Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletairs zu den Vermögen besitzenden Klassen der Sozietät in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als intellektueller Hinsicht, aus dem Standpunkt des Rechts betrachtet«. Wieder abgedruckt in: L. Elm: Konservatives Denken 1789-1848/49. Darstellung und Texte, Berlin 1989, S. 228-236 (Original: München 1835)

daß mit der wechselseitigen Ersetzung das Dasein der Austauschenden als Eigentümer eben der Werke, die sie füreinander hervorbringen, soziale Realität erlangt. Und das besagt umgekehrt, daß die Gesellschaft – im klaren Unterschied zu menschlichen Gemeinschaften – gerade durch den Austausch erst wirklich wird.

Der junge Marx hat diese Einsicht der klassischen Nationalökonomie durchaus wahrgenommen: »Der *Austausch* . . . der *menschlichen Produkte* gegeneinander ist = der *Gattungstätigkeit* und *Gattungsgeist*, deren wirkliches, bewußtes und wahres Dasein die *gesellschaftliche* Tätigkeit und der *gesellschaftliche* Genuß ist.«⁵ Es muß jedoch auch festgestellt werden, daß Marx im selben Zusammenhang den Austausch als wechselseitige »*ideelle, gemeinte* Übervorteilung«⁶ deutet: »Die *gesellschaftliche* Beziehung, in der ich zu dir stehe, meine Arbeit für dein Bedürfnis ist daher auch ein bloßer *Schein*, und unsere wechselseitige Ergänzung ist ebenfalls ein bloßer *Schein*, dem die wechselseitige Plünderung zur Grundlage dient. Die Absicht der *Plünderung*, des *Betrugs* liegt notwendig im Hinterhalt, denn da unser Austausch ein eigennütziger ist, . . ., so suchen wir uns notwendig zu betrügen. . . . Reicht die physische Kraft hin, so plündere ich dich direkt. Ist das Reich der physischen Kraft gebrochen, so suchen wir uns wechselseitig einen Schein vorzumachen und der Gewandteste übervorteilt den andern.«⁷ In dieser Sicht des Austauschs kann die durch ihn konstituierte Gesellschaft für Marx nur die Präsentation des menschlichen Gemeinwesens »unter der Form der *Entfremdung*« sein, die Karikatur des »wahren Gattungslebens« der Menschen.

Es ist ohne Zweifel richtig zu notieren, daß der Austausch eine Aufhebung der Plünderung ist. Ebenso trifft es zu, daß nach wechselnden Kräfteverhältnissen aus ehemals Austauschenden Herren und Knechte werden, womit an die Stelle des äquivalenten Tauschs die Tributlieferung tritt, die der Knecht dem Herrn schuldet. Aber es gilt auch, daß allein die Erhaltung des Austauschs die maximale Entfaltung der Produktivkräfte der Austauschenden mobilisiert, daß jede Ersetzung des Tauschs durch die Plünderung, durch den Krieg und seine Fortsetzung in der kontinuierlichen Unterwerfung des Besiegten Kosten verursacht, die das System der Plünderung zum ökonomischen Niedergang führen. Und selbst wenn der Austausch subjektiv als »*ideelle, gemeinte* Übervorteilung« in Szene gesetzt wird, aber objektiv zur weiteren Entfaltung der Wirtschaften der Tauschenden führt, so kann bestenfalls die schwarze Seele der Handelspartner, nicht aber der Handel selbst denunziert werden.

Daß nun gar im Austausch stets auch Eigennutz vorausgesetzt ist, kann für ein sozialtheoretisches Urteil über ihn allein die Bedeutung haben, im Eigennutz ein wirkliches Interesse am Handel wahrzunehmen, daher den wirklichen Handel sicher fundiert zu sehen. Im Übrigen ist die Erkenntnis des eigenen Nutzens bei Tauschangeboten durchaus nicht so selten mit erheblicher analytischer Anstrengung verbunden. Der interesselose Austausch mag

⁵ K. Marx: Auszüge aus James Mills Buch »*Éléments d'économie politique*«, in: Marx/Engels, Werke, Ergänzungsband. Erster Teil, S. 450 f.

⁶ ebenda, S. 461

⁷ ebenda, S. 460f.

im geselligen Verkehr eine Heimstatt haben, z. B. im »herrschaftsfreien Dialog«, aber dort läuft er wohl Gefahr, zur geschwätzigsten Plauderei zu werden. Die Feststellung des Eigennutzes als Moment des Austauschs jedenfalls ist sicher kein Argument gegen den wirtschaftlichen Sinn des Verkehrs.

Vom Standpunkt der *Wirtschaftsentwicklung* muß mit Bezug auf den Austausch vor allem aber hervorgehoben werden, daß der Markt nicht einfach nur der Ort des Gebens und Nehmens ist, sondern wesentlich das Medium der Selektion wertbevorzugter Produktivkräfte. Es ist diese Bedeutung des Austauschs, die in der klassischen Sozialismuskonzeption nicht thematisiert worden ist. Zwar können lokale Märkte für fremde Eindringlinge abgeschlossen werden, so daß Neuerungen keinen Zugang erhalten. Aber diese Möglichkeit ist für den Weltmarkt ausgeschlossen. Und mit Bezug auf ihn bedeutet jede Abschließung lokaler Märkte gegen Innovationen nur die gesetzte Regression der lokalen Wirtschaft.

Unter Voraussetzung der Anerkennung der über den Austausch notierten Feststellungen wird man zustimmen können, ihn als die definierende Bestimmung der menschlichen Gesellschaftlichkeit zu betrachten. Gesellschaft wird im Unterschied zur Gemeinschaft durch Austausch begründet. Die Gesellschaftsgeschichte ist die Geschichte wesentlich des Weltmarkts, dessen Teilnehmer viele Gemeinschaften sind, welche unter besonderen Naturbedingungen und mit besonderen Produktivkräften Produkte und Dienste hervorbringen, die genau wegen dieser Besonderheit überhaupt ausgetauscht werden. Wenn aber die Gesellschaft durch den Austausch gebildet wird, so meint die Formel von der »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« der Sache nach nicht eine Expropriation der Expropriateure, sondern den Verkauf von Produktionsmitteln an fremde Interessenten, ist die Vergesellschaftung keine Ent-, vielmehr eine Übereignung gegen entsprechende Bezahlung.

Mit dieser Sicht ist weiter deutlich, daß die Annahme von der »Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft«, im Gothaer Programm gefordert, einen Widersinn einschließt, weil die Gesellschaft als Tauschsystem gar kein Gemeingut haben kann. Zwar haben die Gesellschaftsteilnehmer Güter, aber die Gesellschaft ist gerade in der Zirkulation derselben wirklich, in der *Güterbewegung*. Gemeingut kann stets nur Gut einer bestimmten Gemeinschaft sein, sei sie eine Familie, ein Stamm, eine Genossenschaft, eine Nation. Demnach unterstellt das Gothaer Programm die Identifikation einer Gemeinschaft mit der Gesellschaft. Das ist eine Verwechslung, die wesentlich auf der gedanklichen Ausschließung des Austauschs beruht. Diese Exklusion wird jede künftige Sozialismuskonzeption aufheben müssen. Ihre Gretchenfrage lautet: Wie hältst du es mit dem Handel?

An dieser Stelle muß überhaupt festgestellt werden, daß der Händler, der Kaufmann in der klassischen Sozialismuskonzeption eine dubiose Rolle spielt. Er gilt a priori nicht als Produzent, nicht als Mitarbeiter an der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht als Bezieher von Arbeitseinkommen, sondern als Profiteur, als Spekulant, der seinen Handelsgewinn dem Schacher, der Übervorteilung verdankt. Und wenn er gar als Kreditgeber auftritt, so gilt er

dem zahlungsunfähigen Schuldner natürlich als Wucherer, obschon der Kreditvertrag in freier Vereinbarung abgeschlossen worden ist. Diese Wahrnehmung des Handels und seiner Akteure ist ein Erbe der vorkapitalistischen Naturalwirtschaft, deren Grundbesitzer durch die Expansion des Handels und die Emanzipation des Mobiliareigentums der Gesellschaft unterworfen worden sind und damit der Bewertung ihres Vermögens und Einkommens durch den Markt. Das ist für das ursprüngliche souveräne Grundeigentum eine gewiß schmerzliche Erfahrung. Und diese ist es, die sich in der Verachtung des Handels Luft verschafft.

Wenn aber die Denunziation des »Schachers« in einer Sozialismusvorstellung angenommen wird, so ist die Gefahr heraufbeschworen, im Falle des Sieges den Handel überhaupt lahm zu legen und ihn durch die bloße Verteilung zu ersetzen. Das aber ist der Sache nach der Angriff auf die Gesellschaft schlechthin, die Lösung der sozialen Frage dadurch, daß die Sozialität als solche aufgehoben wird. Das ist der Rückzug aus der Gesellschaft in die lokale Borniertheit einer besonderen Gemeinschaft. Das ist die Beendigung der Teilnahme an der Gesellschaftsentwicklung, daher die Liquidation der Wirtschaftsentwicklung und Orientierung der Produktion auf einfache Erhaltung des Bestehenden mit dem Resultat der Stagnation. Eine künftige Sozialismuskonzeption ist nur vorstellbar unter der Bedingung, von solcher restaurativer Tendenz absolut frei zu sein.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte der sozialistischen Bewegung, daß Marx den Gütertransport klar als Gebrauchswertschöpfung erkannt hat⁸, d. h. als spezifische Produktionsart, gleichwohl aber den Handel auf den Akt der Preisvereinbarung auf dem Markt einschränkt. Auf diese Weise wird der reale, produktive Handel vom idealen, für die Zwecke der Theorie konstruierten Handel unterschieden, der a priori unproduktiv sein soll. Indessen ist es eine geschichtliche Tatsache, daß Händler als Transportarbeiter entscheidend die Verknüpfung lokal getrennter Produzenten zum gesellschaftlichen Austauschsystem betrieben haben und somit der Wirtschaftsentwicklung die Wege bahnten. Wenn sie dabei unter Umständen enorme Handelsgewinne einstrichen, so hat das keine andere Bedeutung als die von Extraprofiten auf Grund innovativer Wirksamkeit. Gold tauscht man für Glasperlen nur eine kurze Zeit, dann schlagen die Weltmarktpreise durch, und der »Schacher« ist am Ende. Was aber bleibt, ist die Erweiterung der Gesellschaft, die Konstituierung eines neuen Teilnehmers am Austausch. Und dies ist das eigentliche Werk des Händlers.

Wenn nun die wirkliche Vergesellschaftung durch den Austausch bewerkstelligt wird, so kann die Lösung der sozialen Frage nicht darin bestehen, genau den Austausch durch die Zuteilung vermittels der Herstellung des Nationaleigentums an den Produktionsmitteln zu ersetzen. Die Vermögenslosigkeit bedeutet die Austauschunfähigkeit. Also besteht die soziale Frage darin, wie der Vermögenslose tauschfähig wird, d. h. zu Vermögen kommt und damit zur Gesellschaftsfähigkeit. Wird die »Vergesellschaftung« als Verstaatlichung der Produktionsmittel verwirklicht, so ändert sich an der Austauschunfähigkeit des vormals

⁸ Vgl. K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Band 42, S. 535; K. Marx: Das Kapital. Zweiter Band, in: Marx/Engels, Band 24, S. 150-153

Vermögenslosen nichts, obwohl er nun formell als Vermögensteilhaber bestimmt ist. Das so gebildete wirkliche Tauschsubjekt ist der Staat, nicht die Person als Produzent. Diese fungiert vielmehr in der Gemeinwirtschaft als Exekutor der staatlichen Weisung und realisiert ihre Persönlichkeit ökonomisch nur noch als Konsument, wenn sie mittels Gebrauch der Binnenwährung entscheidet, was sie vom staatlichen Angebot kaufen will und was nicht. Von der Persönlichkeit, die sich neben Gemeinwirtschaft in der so genannten »Schattenwirtschaft« zur Geltung bringt, sei hier nicht weiter die Rede.

Akzeptiert man diese Sicht, so ist die Lösung der sozialen Frage unter Erhaltung Gesellschaftlichkeit schließlich und endlich Inhalt der *Wirtschaftsentwicklung* selbst, in der überhaupt verfügbares Vermögen geschaffen wird. Die Möglichkeit der Lösung der sozialen Frage wird durch die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft realisiert. Diese erlaubt es, wie die Erfahrung uns Jahrhunderts zeigt, das Arbeitseinkommen so zu erhöhen, daß Teile von ihm als vermögensbildend wirksam gemacht werden können. Die praktische Erfahrung des vorigen Jahrhunderts, die sich in der Annahme »ehernen Lohngesetzes« äußerte, wonach Arbeiter bedingungslos auf das Niveau rein physischen Reproduktion reduziert sind, ist in der Prosperität der fünfziger und sechziger Jahre aufgehoben worden. Und diese Aufhebung wird nun insbesondere in DDR von solcher Wirksamkeit, daß es Arbeiter vorziehen, für Lohn in D-Mark privaten Unternehmern zu dienen, statt Lohn in DDR-Mark in volkseigenen Betrieben zu werken.

Es hat keinen Sinn, angesichts dieser eindrucksvollen Tatsache die moralisierende Litanei über den unverständigen Egoismus abzusingen. Die Menschen agieren doch nicht, um ein transzendentes Reich des Guten zu erreichen, sondern hier auf dieser Erde die Lebensbedingungen zu verbessern. Also muß man das Streben nach dem Lohn in D-Mark bei privaten Unternehmungen als sozialökonomisches Faktum unterstellen und daher fragen: Ist es denn wahr, daß sich persönliches Unternehmertum und Lösung der sozialen Frage wechselseitig ausschließen? Wird, wie oben gesagt, die Wirtschaftsentwicklung als eigentlicher, praktikabler Inhalt der Lösung der sozialen Frage verstanden, so muß auch gesagt werden, daß die Existenz privaten Unternehmertums die Lösbarkeit der sozialen Frage gerade nicht ausschließt. Vielmehr ist sie im Gegenteil offensichtlich eine Bedingung derselben. Das ist einfach deshalb der Fall, weil persönliche Unternehmer, wie J. A. Schumpeter zuerst gesehen hat, als Innovatoren im Wirtschaftsprozeß auftreten und damit wesentliche Akteure der Produktivitätssteigerung sind. Diese aber ist *conditio sine qua non* jeder wirklichen Lösung der sozialen Frage. Können erfolgreiche Privatunternehmer wesentlich höhere Löhne zahlen als volkseigene Betriebe, so ist die Verdingung von Arbeitern bei ihnen – das muß sozialökonomisch nüchtern festgestellt werden –, nur die Unterstützung des Wirkens für Produktivitätssteigerung, also instinktsichere Teilnahme an der kontinuierlichen Lösung der sozialen Frage. Nicht das ideologische Versprechen einer besseren Zukunft, sondern die praktische Erfahrung der Verbesserung des Lebensstandards hier und jetzt bestimmt das Arbeiterverhalten beim Angebot der Arbeits- und Produktivkraft.

Leute, denen der Materialismus die philosophische Basis für die Bildung ihrer Anschauungen ist, sollten keine Probleme haben, solches Verhalten zu verstehen und zu billigen.

In diesem Zusammenhang steht ein weiteres Phänomen für jede künftige Sozialismuskonzeption zur Debatte: der freie Arbeitsvertrag. Ohne Zweifel bedeutet der Abschluß eines Arbeitsvertrags zwischen einem Unternehmer und einem vermögenslosen Arbeiter die Einbindung des letzteren, dessen Einstellung in einen Produktionsprozeß, der nicht seiner, sondern der des Unternehmers ist. Dieser entscheidet den Zweck der Produktion und realisiert sie auf eigene Rechnung. Der Arbeiter hat bei dieser Vermögensanlage keine Entscheidungskompetenz, unterliegt der Weisung des Unternehmers. Nichtsdestoweniger ist er im Abschluß des Arbeitsvertrags selbständig und damit ökonomisch als Person wirksam. Dieses Dasein des Arbeiters als Person ist in der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise geschichtlich errungen worden, durch die in ein und demselben Zusammenhang das Sklaven- oder Hörigendasein des Arbeiters aufgehoben ist. Es ist völlig klar, daß der weitere sozialökonomische Fortschritt nicht darin bestehen kann, dies historische Werden des Arbeiters zur Person etwa wieder rückgängig zu machen.

Es ist aber eine Tatsache, daß der nun den Gang ins Konkursverfahren antretende rohe Kommunismus genau die restaurative Tendenz in der Herausbildung der Arbeiterpersönlichkeit verwirklicht hat. Man denke an die Arbeitsgesetzgebung vom Juni 1940 in der Sowjetunion, man denke an die vielen Vorschriften zur Einschränkung der Arbeitsvertragsfreiheit in der DDR. Alle diese Bestimmungen, ursprünglich gegen von der staatlichen Planung unbeherrschbaren Fluktuation der Arbeitskraft gerichtet, sind samt und sonders Einschränkungen der Persönlichkeit des Arbeiters, die herauszubilden doch Inhalt sozialistischer Entwicklung sein sollte. Die 1961 errichtete Mauer ist der vollendete Ausdruck für die rohkommunistische Negation der Arbeiterperson geworden. Sie hat eine Art moderner Schollenbindung der unmittelbaren Produzenten bedeutet, so daß die Redeweise von der »Refeudalisierung« nicht unbegründet ist.

Der Fall der Mauer, hysterisch und ohne Konzeption einer sinnvollen Wirtschaftsreform zustande gebracht, hat die geschichtliche Errungenschaft des freien Arbeitsvertrags konfirmiert. Und diese Tatsache bedeutet nun für jede künftige Sozialismuskonzeption, daß sie unter gar keinen Umständen eine Infragestellung des persönlichen Rechts der Arbeiter einschließen darf, sich wem auch immer zu verdingen. Diese Feststellung wird einsichtig, wenn man die *evolutive* Bedeutung des freien Arbeitsvertrags wahrnimmt und in Rechnung stellt: Wahr ist, daß der Arbeitslose, um Arbeitseinkommen zu erzielen, gezwungen ist, sich zu verdingen, wo es nur immer möglich ist. Wahr ist aber auch, daß der Arbeiter unter Bedingung der Vertragsfreiheit sich dort verdingen kann, wo er den höchsten Lohn verdient. Diese Lohnhöhe selbst ist abhängig einerseits vom Bildungsgrad der persönlichen Produktivkraft des Arbeiters, andererseits aber von der Produktivität des Unternehmens, das ihn einstellt. Das bedeutet, daß die Vertragsfreiheit zu einem Druck in Richtung progressiver Wirtschaftsentwicklung führt und damit selbst Moment der Lösung der sozialen Frage ist.

Wenn man so will, haben wir im bürgerlichen Arbeitsvertrag einen Januskopf oder eine Dialektik vor uns, deren bloß negative Expression im Sinne der »Lohnsklaverei« die Sicht auf die *Entwicklung* versperrt, die doch allein die wirkliche Lösung der sozialen Frage herbeizuführen fähig ist. Deutet man den Arbeitsvertrag als das pfiffige Auskunftsmittel, unter dem Schein der Anerkennung der Arbeiterperson im Vertragsabschluß die Erscheinung der Unfreiheit des Arbeiters in der Produktion zu realisieren, so gerät man in die Gefahr, die »wahre Persönlichkeit« des Arbeiters jenseits des Vertrags zu suchen, wo sie denn nur in der Gemeinschaft der Arbeiter*klasse* gefunden werden kann und als Klassenrepräsentant (als Held wohl auch) vorstellbar ist. Wie wenig aber ein solcher Repräsentant wirkliche Person ist, unverwechselbare Persönlichkeit zu äußern vermag, hat die Geschichte des modernen rohen Kommunismus zur Genüge bewiesen. Die Gemeinschaft ist nicht die Quelle der Person, sondern die Gesellschaft. Und die alte Erkenntnis, daß sich Personen im Vertrag wechselseitig bestimmen, muß nicht revidiert werden.

Was schließlich den Arbeitsvertrag mit Bezug auf die Lösung der sozialen Frage angeht, so muß seine Verteidigung und Erhaltung auch die Anerkennung der Möglichkeit einschließen, daß der einzelne Arbeiter auf Teilnahme an der Vermögensbildung pfeift, weil ihm der Genuß des Arbeitseinkommens persönlich lieber ist. Mit anderen Worten: Das Dasein als Vermögensloser mag dem Arbeiter subjektiv durchaus nicht tragisches Schicksal sein, sondern auch gnädige Entlastung von der Bürde, sich um die Erhaltung eigenen Vermögens sorgen zu müssen. Das Vermögen ist nämlich eine vertrackte Sache. In seiner gegenständlichen Gestalt unterliegt es nicht nur der berühmten »nagenden Kritik der Mäuse«, sondern auch allen sonstigen Natureinflüssen, die seine Entwertung unweigerlich herbeiführen. Unfälle, Diebe und Räuber, Brandstifter und Zündler sowie sonstige asoziale Zeitgenossen tun ein Übriges. Und so ist der Eigner im Unterschied zum Vermögenslosen von einer Sorge ergriffen, die eigentlich jeder wahrnehmen kann, der bemerkt, daß er nun doch neu tapezieren müßte. Indem aber zugestanden wird, daß es das Recht des Arbeiters ist, über den Genuß seines Arbeitseinkommens die Vermögensbildung zu vergessen, wird auch akzeptiert, daß es eine momentane, revolutionäre Lösung der sozialen Frage in der rauen Wirklichkeit nicht gibt. Eine soziale Revolution ändert zwar die Vermögensverteilung, aber sie produziert nicht zusätzliches Vermögen. Dazu ist nur die alltägliche Arbeit imstande, die am Tage nach der Revolution erneut auf der Tagesordnung steht. Und die geschichtliche Bedeutung der sozialen Revolution kann nur daran gemessen werden, ob die durch sie realisierte neue Vermögensverteilung der Wirtschaftsentwicklung eine Beschleunigung erteilt oder nicht.

Deute ich die Zeichen der Zeit richtig, wenn mir scheint, daß in der historisch bestimmten Stellung der sozialen Frage eine ganze Epoche endet, eine Epoche, die mit der politischen Revolution der Franzosen und der industriellen Revolution der Engländer begann? In dieser Phase der Geschichte jedenfalls ist die moderne soziale Frage gestellt worden – gestellt mit extremer Ideologisierung und Subsumtion der Wirtschaftstheorie unter Parteiinteressen.

Kapitalistischer Imperialismus und rohkommunistische Expropriation der Privateigner sind Antworten auf die soziale Frage gewesen, die jedoch deswegen nicht gelöst worden ist, sondern vielmehr weltweite Realität gewonnen hat, dazu noch durch die ökologische Krise als Folge des hemmungslosen Industrialismus komplettiert. In dieser Konstellation hilft keine ideologisierende Verdrängung der Gesetze der Wirtschaftsentwicklung mehr, sondern allein deren Erkenntnis ohne Rücksicht auf besondere Parteiinteressen. Die Reflexion des sozialen Problems unter Voraussetzung eben des Studiums der Entwicklungslogik der Wirtschaft ist daher die Kehre des Denkens, die wir nun zu betreiben haben.

Mit Blick auf diese sich zunehmend abzeichnende Kehre kann über eine künftige Sozialismuskonzeption immerhin dies gesagt werden:

(1) Der Sozialismus, in durchaus klassischer Version als Lösung der sozialen Frage verstanden, kann keine Negation der Sozietät (wie der rohe Kommunismus) sein, sondern nur darin bestehen, die Gesellschaftsentwicklung, die der Kapitalismus quasi darwinistisch durchgesetzt hat, im Sinne theoriegeleiteten Experimentierens bei internationaler Verständigung bewußt zu betreiben. Er setzt daher die ökonomische Aufklärung voraus.

(2) Der Sozialismus ersetzt keine Klassenherrschaft durch eine andere, sondern macht dem Klassenkampf ein Ende. Er ist daher gleichgültig gegen jede besondere Ideologie oder Weltanschauung.

(3) Der Sozialismus ist identisch mit der Freisetzung der persönlichen und gemeinschaftlichen Produktivkräfte, die keine Produktionsmittel sind, sondern allein die Fähigkeiten der Menschen, einzeln oder gemeinschaftlich Produktionen zu verwirklichen, die gesellschaftlich realisierbar sind. Das schließt die ökologische Sicherung der Naturbedingungen der Produktion ein und den Technikfetischismus aus. Letzterer ist die Bewußtseinsverfassung, die in der Begeisterung über das technisch Machbare die ökologischen Folgelasten übersieht und damit die Erhaltung der Naturbedingungen der Produktion riskiert.

(4) Indem der Sozialismus die Wirtschaftsordnung der bewußten Produktivkraftentwicklung ist, unterstellt er die ökonomischen Charakteristika der Wirtschaft (Rente, Zins, Gewinn etc.) nicht als dubiose und zu bekämpfende Ausdrücke des gemeingefährlichen Privategoismus, sondern als experimentelle Größen, deren subjektive Determination der ökonomischen Steuerung dient.

(5) Der Sozialismus ist keine Vorstufe eines imaginierten Kommunismus, sondern Aufhebung der Gemeinschaftlichkeit durch die Gesellschaft. Er schließt damit eine Mannigfaltigkeit von Arten des Gemeineigentums in sich, die alle unter dem Kriterium des produktiven Nutzens stehen. In diesem Sinne transzendiert der Sozialismus den Kapitalismus, der seinerseits gerade die Ordnung der Auflösung jedes originären Gemeineigentums ist und der Person die exklusive Kompetenz zur Produktionsorganisation (»Kombination der Produktionsfaktoren«) erteilt.

(6) Der Sozialismus negiert nicht die Freiheit der Person, sondern unterstellt sie als Bedingung der Evolution der Produktivkräfte. Er schließt daher das persönliche Eigentum an Arbeitsmitteln nicht aus, sondern setzt es als Bedingung der Wirtschaftsentwicklung voraus.